



DR. KARL VON WOGAU
MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS



PRESSEMITTEILUNG

Straßburg, 16. Februar 2006

Karl von Wogau:

Bürokratieabbau bei Dienstleistungen beschlossen

„Die Hindernisse, die im Bereich der grenzüberschreitenden Dienstleistungen noch an der Tagesordnung sind, müssen endlich beseitigt werden. Dabei ist aber darauf zu achten, dass die Unternehmen faire Wettbewerbsbedingungen vorfinden“, so der südbadische Europaabgeordnete Karl von Wogau (EVP/CDU). „Wir haben im Europäischen Parlament in Straßburg eine Entscheidung getroffen, die in erster Linie die Barrieren im Alltag der Menschen beseitigen soll.“

Für von Wogau habe nicht die theoretische Diskussion über Herkunftslands- oder Bestimmungslandprinzip im Vordergrund gestanden. Ihm gehe es vielmehr darum, dass beispielsweise der Reiseleiter oder Fremdenführer aus Deutschland, der sich entsprechend qualifiziert habe, auch die Sehenswürdigkeiten in Straßburg, Helsinki oder Rom erklären dürfe. Ebenso müsse ein Computerspezialist aus einem anderen Mitgliedsland auch in Frankreich eine EDV-Anlage warten dürfen, ohne dies mehrere Tage zuvor anmelden zu müssen. Bislang beständen in den Mitgliedstaaten eine Vielzahl von Vorschriften über Genehmigung und Meldepflichten, die in der Praxis dazu führten, dass viele Dienstleistungen nicht grenzüberschreitend angeboten werden könnten oder entsprechend höhere Kosten zur Folge hätten.

Nach dem Willen des Europäischen Parlaments sollen die Mitgliedsländer wesentliche Einschränkungen für den freien Verkehr von Dienstleistungen aufheben. So könnten die Mitgliedsländer nicht mehr darauf bestehen, dass sich ein Unternehmen erst in seinem Land niederlasse, bevor es dort tätig werden dürfe. Ebenfalls solle die Pflicht, bei den zuständigen Stellen in den Mitgliedsländern, in welchen die Dienstleistung erbracht werden soll, Erklärungen und Meldungen abzugeben oder Genehmigungen zu beantragen, aufgehoben werden.

Die Abgeordneten haben in ihrer Entscheidung aber auch berücksichtigt, dass faire Wettbewerbsvoraussetzungen bestehen müssen. So seien die grundlegenden Vorschriften des Tarifrechts und des Arbeitsschutzes nach wie vor zu berücksichtigen. Das Europäische Parlament präsentiere mit seinen Abänderungen des Kommissionsvorschlages dem Ministerrat eine Gesetzesvorlage, die für die Beteiligten im Dienstleistungsbereich faire Rahmenbedingungen vorschläge, so von Wogau.

D-79098 Freiburg i. Br.
Kaiser-Joseph-Str. 284
Tel. 0761/2180841
Fax 0761/2180871
Email: info@wogau.de

F-67000 Strasbourg
Gebäude Louise Weiss
Tel. 0033/388/175301
Fax 0033/388/179301
Internet: www.wogau.de

B-1047 Brüssel
Rue Wiertz 60
Tel. 0032 /2/2845301
Fax 0032/2/2849301
Email: kwogau@europarl.eu.int